



Marburg, 3. Mai 2021

PD Dr. Johannes M. Becker
Zentrum für Konfliktforschung
Ketzerbach 11
D-35032 Marburg
Telefon: 00 49 / 64 21 / 28 24 503
e-Mail: jbecker@staff.uni-marburg.de

Haben wir ein neues Bild vom Krieg? Wie Kriege, Militär und Rüstung als Normalität ins Massenbewusstsein gelangten¹

Marburg, 3. Mai 2021

Vorbemerkung:

Ich sehe keine akute Kriegsgefahr (sehr wohl die Gefahr von regionalen Konflikten in Teilen des Nahen Ostens, von Lateinamerika, Afrika etc.).

Ich sehe eher, dass auf der Erde die Rüstungsausgaben die sozialen Probleme (u.a. in Folge der Corona-Pandemie) unlösbar machen: In 2020 sind fast (unvorstellbare) 2.000 Milliarden US-\$ für Rüstung ausgegeben worden, davon 70 % von den Staaten der NATO. (Für Entwicklungshilfe wurden sehr bescheidene 130 Milliarden US-\$ aufgewandt. Drei Prozent der

Rüstungsaufwendungen würden den Hunger auf der Erde beenden.) Nicht zuletzt in Folge von Corona steigt die Zahl der Hungernden auf der Erde derzeit wieder rasant und macht die Erfolge des letzten Jahrzehnts zunichte. (Wer für die Corona-Krise zahlen soll, ist weitgehend ungeklärt.)

80 Millionen Menschen sind derzeit auf der Flucht.

Die Lage von Krieg und Frieden in Deutschland ist uneindeutig.

- Auf der einen Seite ist die Bundesrepublik, fest in die NATO integriert, in mehrere kriegerische Auseinandersetzungen direkt oder indirekt involviert (Afghanistan, Mali, Horn von Afrika...), teilweise mit Truppen, teilweise in „Ausbildungsmissionen“.
- Sie gibt mehr denn je für Rüstung aus (Steigerung des BMVG-Haushaltes in den vergangenen 10 Jahren – laut SIPRI - inflationsbereinigt um 30 % (!).
- Sie strebt aktuell (avisiert bis 2031) eine weitere Erhöhung der Militärausgaben auf 2 % des BIP an (derzeit ca. 1,4) – was auf mehr als 90 Milliarden € (!) hinausliefere,

¹ Dieser Beitrag ist eine Aufforderung zur kritischen Auseinandersetzung. Er soll nicht die Erfolge bspw. des „Kasseler Friedensratschlages“ in Frage stellen, soll auch nicht regional starke Bewegungen negieren – er ist eher als eine Art Hilferuf um Rat gemeint.

- Die Bundesrepublik ist aktuell der viertgrößte Rüstungsexporteur der Erde (und verletzt hierbei (mit Exporten nach Saudi-Arabien, Israel, Algerien etc.) fortwährend ihre eigenen Grundsätze.

Auf der anderen Seite scheint das viele Geld nicht immer gut angelegt:

- Die Verteidigungsministerin „agiert unglücklich“ (FAZ), viele Waffensysteme sind nur unzureichend einsatzfähig.
- Skandale über rechte Netzwerke bei BW und beim KSK erschüttern die Armee, das Krisenmanagement der Armee-Führung, die Ministerin eingeschlossen, scheint zuweilen überfordert.
- Die Nachwuchs-Arbeit der Bundeswehr ist schwierig: Trotz bleibend hoher Erwerbslosigkeit hat die BW ein Problem bei der Anwerbung von qualifiziertem Nachwuchs.
- Die Frage bleibt: Wer bedroht unser Land, ja die EU militärisch? Und: Gäbe es da ein Bedrohungsszenario – Wären unsere Länder **militärisch** zu verteidigen?

Aus alledem vermag die kritische Öffentlichkeit keinen rechten Profit zu schlagen: Unterzeichneten in den 80er Jahren (zu Zeiten des „NATO-Doppelbeschlusses“) in kurzer Zeit an die 5 Millionen Menschen den „Krefelder Appell“ (die BRD hatte damals 64 Mio. Einwohner), so tut sich der aktuelle Aufruf „Abrüsten statt Aufrüsten“ schwer: Nach drei Jahren zählt er (bei 83 Mio. Einwohnern) gerade einmal 180.000 Unterzeichnerinnen (Stand 12/20). Die großen Friedensdemonstrationen zählen derzeit maximal 25.000 bis 30.000 Teilnehmer*innen, in den 80er Jahren waren viele 100.000, zuweilen über 1 Million Menschen auf den Straßen, zu Beginn des Golfkrieges 1991 blockierten junge Menschen in vielen Städten wochenlang die Kreuzungen.

An der Friedfertigkeit der deutschen Bevölkerung kann es keinen Zweifel geben – hier nur 2 Beispiele:

Aktuell (4/2021) befürworten 92 Prozent die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsantrages der UN (ICAN), und 78 Prozent lehnen den Kauf neuer Kampfjets als Träger von Atomwaffen ab.

Was ist passiert?

Der Klimawechsel in Deutschland, was das (weitreichende) Schweigen der Bevölkerung in einer neuen deutschen Friedensbewegung anbelangt, hat wesentlich, so meine These, mit einem **neuen Bild vom Krieg** zu tun.

Ich argumentiere in 10 Punkten.

I. Die heute sich durchsetzende Politik beginnt nach dem Fall der Mauer und nach dem **Ende der Blockkonfrontation**.

Das neue große Deutschland (in Frankreich und Großbritannien grassiert zeitweise die Rede von „Le/The Grossdeutschland“) fordert immer **mehr Einfluss** bei der Neuordnung der Erde.

SPD-Kanzler Schröder sprach davon, dass der „ökonomische“ Riese auch „sicherheitspolitisch“ ein Globaler Faktor sein müsse. Unter

„**Sicherheitspolitik**“ wird in Deutschland (wie in den meisten anderen Ländern der Erde) vornehmlich **Militärpolitik** verstanden.

Viele Menschen in Deutschland können sich ein Land ohne Armee, ohne die Bundeswehr, nicht mehr vorstellen.

II. Die **Generation mit Kriegs-, Zerstörungs-, Verwundungs-, Tod-Erfahrung**, ja auch die den Zweiten Weltkrieg noch **physisch** als Kind erlebte, stirbt aus und war im Anschluss an den 2. WK sprachlos (dies ist bei traumatischen Erfahrungen üblich, wurde aber zusätzlich gesellschaftlich tabuisiert, niemand wollte dabei gewesen sein), und damit wurde das kollektive Gedächtnis darüber geschwächt.

Zudem wird Krieg in Deutschland in hohem Maße mit dem deutschen (Hitler)Faschismus in Verbindung gebracht – und Faschismus herrscht bekanntlich in unserem Land (wie im gesamten westlichen Europa, in den USA und Kanada einbegriffen) nicht.

III. Die Erlebnisse der im hohen fünfstelligen Bereich liegenden Teilnehmenden der **Auslandseinsätze der Bundeswehr** (ab 1999) spielen in der Literatur, generell in den Medien, keine große Rolle.

Die hohe (und geheime) Rate an PTBS-Erkrankten dürfte hierfür ebenso verantwortlich sein wie das Scheitern (die FAZ bspw. schrieb vom „Desaster“ in Afghanistan) der Militärinterventionen von Afghanistan bis Libyen/Mali.

IV. Die Bundeswehr hat bei langjähriger Betrachtung dennoch kein schlechtes **Image**. Die **Bundeswehrhochschulen** (in Hamburg und München) haben einen guten Ruf, der deutsche **Spitzensport** ist ohne die Bundeswehr-Förderung nicht mehr denkbar. Die **Bundeswehrkrankenhäuser** genießen teilweise einen exzellenten Ruf.

V. Das Bild vom Krieg hat sich auch infolge der **Vietnam**-Erfahrungen der USA gewandelt. Das Trauma des Ausblutens der eigenen Jugend im Vietnam-Krieg von Mitte der 50er bis Anfang der 70er Jahre fern der USA sitzt bei der westlichen Führungsmacht tief...

Diesem Trauma soll systematisch **gegengearbeitet** werden. Zwei Faktoren sind hier zu nennen:

- a) die Rede vom „**Chirurgischen Schlag**“ oder auch von der „**Technologisierung der Kriegsführung**“ legt nahe, dass die Armeen der Industriestaaten, vor allem natürlich die der USA, heute Ziele akkurat, d.h. gerade ohne unerwünschte Nebeneffekte treffen und zerstören können. (Beide Begriffe kamen beim Golfkrieg gegen den Irak 1991 erstmals auf und wurden weiter kultiviert im Krieg gegen Jugoslawien 1999.) Die militärische Realität sieht allerdings anders aus: Bspw. traf im vergangenen Jugoslawien-Krieg lediglich ein Drittel (!) der high-tech-Waffen ihre Ziele. Im Afghanistan-Krieg allerdings haben die USA bereits „Fortschritte“ gemacht durch das „Echtzeit“-Bombardement: In geringen Höhen klärten unbemannte Drohnen auf – aus großen Höhen wurden dann gleichzeitig Bomben geworfen. Die Treffergenauigkeit verbesserte sich deutlich. (Gleichzeitig kam nur die Hälfte der gelieferten Waffen bei den Interventionstruppen an...)
- b) Die Illusion vom „**Krieg mit Null Toten**“ (fr.: „la guerre à zéro morts“) bedeutet, dass man quasi ohne eigene Verluste Krieg führen kann. Die „Resultate“ sind in der Tat beeindruckend: Im 2. Golfkrieg 1991 betrugen die Verluste der UN-Truppe lediglich ca. 150 (!) Soldaten, im Jugoslawienkrieg von 1999 die der Aggressoren gar nur noch wenige Dutzend Soldaten. Problematisch an diesem Bild vom „Krieg mit Null Toten“ ist, dass er die Toten der Gegenseite, so bspw. im Irak mit seinen 300.000 Toten des zweiten Golfkrieges, oder auch die Zivilopfer in Jugoslawien, **außer Acht** lässt. Die Bundeswehr hat in fast 20 Jahren Afghanistan-Krieg nicht einmal 100 (!) Tote zu beklagen (ein Großteil der Betroffenen gar durch eigenes Verschulden).

VI. Die **Rechtfertigungsbasis für Kriege** hat sich – im globalen Maßstab - weiter gewandelt. Führte man früher offen **Eroberungs- oder Kolonial-Kriege**, definierte man insbesondere nach den Grauen des Zweiten Weltkrieges Rüstung als notwendig zum Zwecke der Verteidigung (die Kriegs- hießen nun „Verteidigungs“-minister), so führt man heute Kriege gegen „**Diktatoren**“ von „**Schurkenstaaten**“, und - als Gipfel des Ganzen - zum Wohle der **Menschenrechte**. Obendrein nennt man diese Kriege dann auch noch „Luftschläge“.

Man beachte auch die feine Nomenklatur mit *friedenerhaltenden* oder *friedenschaffenden* Maßnahmen. Von „**Sicherheitsarchitektur**“ ist die Rede, wenn es um Aufrüstung geht. Der bundesdeutsche Eiertanz des Jahres 2009, ob es beim Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan (seit 2001) um „Krieg“ oder um „Wiederaufbauhilfe“ oder was auch immer, geht, beweist, dass es sich hier um ein sensibles Thema handelt.

Das Militärkontingent, das 2001 in das zuvor zerbombte Afghanistan geschickt worden ist, wurde lange Zeit feinnervig „**Schutztruppe**“ genannt. Die Rede von „Krieg“ dort wurde bis Ende 2009 (Minister zu Guttenberg), wo Deutschland immer tiefer in den afghanischen Kriegssumpf hineingezogen wurde, vermieden.

Zusammengefasst wird hier von den Medien wie der Politik eine euphemistische Sprache praktiziert, Krieg wird zudem ausschließlich „für das Gute“ geführt.

VII. Beim Krieg gegen den „**Islamismus**“ haben die Medien und viele Politiker*innen vergessen (oder verdrängen), wo das Phänomen und der damit zuweilen verbundene **Terror** herrührt, und klammern die Frage aus, ob Terrorismus allgemein mit Militär zu bekämpfen ist oder eher mit Polizei, Staatsanwaltschaften und – vor allem - guter Integrations- und Sozialpolitik. Der Kampf gegen den (häufig islamistischen) Terrorismus kommt also zum Kampf gegen das Böse **hinzu** – beide ersetzen gleichsam das Feindbild UdSSR und Warschauer Vertrag.

VIII. Die **Medien**, vor allem das Fernsehen, haben eine neue Rolle in der Sicherheitspolitik inne. Bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes sind sie eher Nach-(Be)Richter. Der Irak-Krieg der NATO (2004 ff.) jedoch läutet (maßgeblich unter der Dominanz des US-Senders CNN) eine neue Ära ein: Nun begleiten TV-Teams Kriege mit *life*-Übertragungen, militärische Schläge orientieren sich an der prime-time großer Medien, deren Konzerne im Zuge der allumfassenden Konzentrationen zudem auch mit Rüstungsproduzenten verwoben sind. Der Irak-Krieg von 2003 ff. mit „embedded“ Journalist*innen, ausschließlich privilegierten freilich, ist bislang der Höhepunkt dieser Entwicklung. Auch hier markiert Vietnam die Wende: Die Analyse des Pentagon gibt den Medien eine wesentliche Rolle beim verlorenen Krieg, d.h. beim verlorenen Rückhalt in der US-Bevölkerung.

Die Konsequenz: Frühes Einbinden der vor allem visuellen Medien in Kriegsvorbereitung, **sehr genaues Selektieren der Nachrichtenströme** (sh. Jugoslawienkrieg 1999), allumfassendes Lenken medialen Vollzuges. Auch kleinräumlich ist ein Wandel zu beobachten: Minister Scharping bspw. wird Ende der 90er Jahre von einem Medienunternehmen (Huntzinger in Frankfurt/M.) beraten. Nichts soll mehr dem Zufall überlassen werden: Weder soll noch je ein Militär-Minister (wie Volker Rühle, CDU) im Wüstensand stolpernd und fallend zu filmen sein, noch sollen die Fahrradunfälle Scharpings seine politischen Gegner (wie Freunde) allzu nachdenklich machen.

Nicht zu vergessen in diesem Zusammenhang: Das Informationsniveau über die wahren Zustände in den Ländern, in denen Deutschland (bzw. die sog. „freie

Welt“) Krieg führt, ist teilweise katastrophal (Beispiele: Die Zahl der Anschläge im Irak und in Afghanistan, die Zahl der Opfer auf beiden Seiten, die o.a. Gegenüberstellung von Aufwendungen für Rüstung und Entwicklungspolitik u.v.m., die sozialen Zustände in Libyen vor und nach der Intervention von 2011 ff.) „Was wir über die Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir über die Massenmedien“ (Niklas Luhmann). Die mediale Darstellung ist entscheidend für das Bild vom Krieg im Massenbewusstsein. Derartige Technik ist eindringlicher mit Propaganda beschrieben.

IX. Die differenzierte Behandlung des deutschen Soldaten-Potenzials beim Einsatz (nur **Freiwillige**, und in der Regel: **keine Wehrpflichtigen**, müssen in die Einsätze) tut ein Übriges: Die Existenz einer Armee von Freiwilligen macht es leichter, Truppen in einen Krieg zu schicken als eine Wehrpflichtigen-Armee. Auch wenn der folgende Satz das Problem vereinfacht: „Eine Wehrpflichtarmee muss der Bevölkerung erklären, *warum* sie in den Krieg zieht. Eine Berufsarmee muss erklären, warum sie *nicht* in den Krieg zieht“ - so tut sich eine interventionsbereite Regierung, so tut sich die deutsche Bevölkerung sicherlich leichter im Umgang mit Berufssoldaten. Kriegführen und Intervenieren wird mit einer Berufsarmee immer mehr zum **normalen Politikvollzug**.

Die Wehrpflicht wird derzeit von der militärischen und politischen Führung als Option vornehmlich aufrecht erhalten zum Zwecke eines besseren Zugriffs auf ein größeres Personal-Spektrum eines jeden Jahrgangs. Die BW ist nämlich, im Gegensatz zu mancherlei Spekulationen (auch auf der politischen Linken), nicht daran interessiert, ein Sammelbecken Rechtsradikaler oder anderer Marginalisierter zu werden.

X. Schließlich: Im Gegensatz zum Beginn der 80er Jahre hat die **Zahl der (Neuen) Sozialen Bewegungen** ungeheuer zugenommen – politisch interessierte Menschen finden heute eine Vielzahl an Möglichkeiten, sich zu engagieren, vor. Denken wir nur an die Frauenbewegung, die „Eine Welt-Bewegung“, neuerdings die Natur- und Klimaschutzbewegung, aus der sich die „Fridays for future“, aus denen sich wiederum die „Scientists for future“, die Parents for future“, die „Klimaliste“, Extinction rebellion“ u.v.m. entwickelt haben.

Dazu kommt die durch die Technologisierung, besonders die Digitalisierung, emporschießende Masse an Petitionen. Darunter ist diese („Abrüsten statt Aufrüsten“) nur eine und sie beklagt, wie so viele andere Bewegungen, die geringe Beachtung. Die Aufmerksamkeit der aktuellen Gesellschaft ist durch die ununterbrochene digitale Kommunikation noch weiter zersplittert und die Kraft hinter jeder einzelnen Aktion wird mit steigender Gesamtzahl an Aktionen stets geringer.

Es fehlt eine starke Parteiung, oder eine ähnliche übergeordnete Institution, um die Kraft für mehrere „gute“ Themen zu kanalisieren. Oder aber: Es fehlen demokratische Strukturen, in denen Volksbegehren breit diskutiert werden und deren Realisierung als realistisch eingeschätzt werden können.

Fazit: Das „neue Kriegsbild“ bedeutet im Wesentlichen, dass wir es - funktioniert das Vorhaben - im Massenbewusstsein gar nicht mehr mit „Kriegen“ zu tun haben, sondern mit einer **besonderen**, durch die neuen Unsicherheiten der internationalen Gesellschaft gleichsam zwangsläufig erforderten **Form der Sicherheitspolitik**. Sicherheitspolitik wird hier freilich, und das ist der Sinn des Ganzen, auf **Militärpolitik** reduziert.

Die mächtigen und reichen Staaten der Erde wollen auf Terrorismus und vor allem auf die wachsenden sozialen und ökologischen Probleme nicht mehr politisch, sondern mit permanenter Militär-Intervention reagieren. Die wirklichen Probleme der Erde: Das weitere Auseinanderklaffen von Arm und Reich, Klimawandel, die ungeheure Verschwendung von Ressourcen, werden dabei an den Rand gedrängt.

Die Europäische Union schickt sich derzeit an, eigene, d.h. von den USA unabhängige, Interventionskapazitäten aufzubauen. Und: Die Bundesrepublik Deutschland passt mit ihrer gerade vollzogenen und durch den Jugoslawien-Einsatz gleichsam gekrönten Wende von einer (Tendenz zur) Zivillogik² hin zur Militärlogik aus der Sicht des herrschenden Diskurses gut in diese neue sicherheitspolitische Welt.

Die „**Enttabuisierung des Militärischen**“, die der sozialdemokratische Bundeskanzler Schröder 1998 als eine der Kernleistungen der ersten Legislaturperiode der von ihm geführten hellrot-grünen deutschen Bundesregierung bezeichnete, ist weitgehend vollzogen. Diese brach der Friedensbewegung der 80er und 90er Jahre das Rückgrat.

All dies gilt es, mit klarem Kopf zu analysieren und die verbleibenden Kräfte zur Gegenwehr zu sammeln. Insbesondere sollte über die UNO, die OSZE und – trotz aller Rückschläge hier: über die Europäische Union als Alternatives Modell von Außen- und Sicherheits-, sprich: **Friedenspolitik** nachgedacht werden.³

² Einige Überlegungen zu den Hintergründen dieser latent zivilisatorischen, teilweise pazifistischen Haltung weiter Kreise der Bundesrepublik in den ersten Nachkriegsjahrzehnten:

- zum ersten ist sie zu schulden dem kollektiven Gedenken an die Gräueltaten und Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, der ja seinen Ursprung in faschistischem Deutschland hatte;
- zum zweiten mündete dieser Krieg bekanntlich in eine Desavouierung alles Militärischen und eine streitkräftefreie Zäsur von immerhin einem Jahrzehnt, an das sich dann eine gewisse sicherheitspolitische Sonderrolle der Bundesrepublik anschloss, eingeschlossen Rüstungsbeschränkungen infolge des WEU-Vertrages;
- schließlich sollten die Folgen der Hartnäckigkeit der sozialen Bewegungen gegen die Remilitarisierung, gegen die drohende Atombewaffnung, gegen die Raketenstationierung, gegen den Golfkrieg etc. (s.o.) nicht unterschätzt werden. Immerhin resultierte aus den letztgenannten Bewegungen auch der Aufstieg der GRÜNEN als starker friedenspolitischer Partei – bis zu ihrem Regierungseintritt im Herbst 1998. **Dann brachen diese GRÜNEN der deutschen Friedensbewegung das Rückgrat.**

³ In diesem Zusammenhang ist ein herausragend recherchiertes Dokument zu erwähnen – ein Vortrag von Lühr Henken, von den Naturfreunden herausgegeben: https://www.naturfreunde.de/sites/default/files/nfd_positionen_2020.pdf.